



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.buelte-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 10.12.2018

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020
am Dienstag, dem 20.11.2018, 16:00 Uhr bis 18:32 Uhr,
Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rafael Christof Struwe	SPD
Frau Katharina Welcker	CDU
Frau Susanne Bercher-Hiss	GRÜNE
Herr Wilfried Becker	SPD
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Karl-Heinz Walter	SPD
Frau Margret Dresler-Graf	CDU
Herr Stefan Götz	CDU
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Herr Robert Schallehn	GRÜNE
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE stellvertretend für Frau Akbayir
Herr Dr. Rolf Albach	FDP

Beratende Mitglieder

Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Frank Feles	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Barbara Albat	SPD
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Helmut Jung	CDU
Herr Dr. Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Volker Ermet	auf Vorschlag der Grünen
Frau Prof. Dr. rer. nat. Anna von Mikecz	auf Vorschlag der Grünen
Frau Elisabeth Lange	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Herr Stephan Wieneritsch	FDP
Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Eugen Litvinov stellvertretend für Herrn Bayrakçioğlu

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau Beigeordneter des Dezernates V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Dr. Joachim Bauer Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Christina Brammen-Petry Umwelt und Verbraucherschutzamt
Herr Manfred Kaune Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Konrad Peschen Leiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes
Frau Carla Stüwe Dezernat V-6 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald Umwelt- und Verbraucherschutzamt

Gäste

Herr Benjamin Gugel ifeu - Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH zu TOP C
Herr Dr. Mattias Dienhart RheinEnergie zu TOP 1.5 und 1.6
Herr Henning Werker Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR zu TOP 4.7 und 4.8
Frau Claudia Dellmann Stadtplanungsamt zu TOP 5.1 und 5.1.1
Frau Anette Altendorf Stadtplanungsamt zu TOP 5.1 und 5.1.1
Herr Till Sitzmann Stadtplanungsamt zu TOP 7.2

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Hamide Akbayir DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Herr Nebil Bayrakçioğlu GK
Herr Sönke Geske SPD
Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner CDU
Herr Matthias Pergande FDP
Herr Tobias Scholz GUT
Herr Viktor Grimm auf Vorschlag der AfD-Fraktion

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Gerhard Haider Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Frau Anke Ludwig Dezernat Soziales, Integration und Umwelt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Anschließend macht Herr Struwe auf die Zu- und Absetzungen der Tagesordnungen sowie auf die anwesenden Gäste in beiden Ausschüssen¹ aufmerksam.

Die Anfragen unter TOP 1.3, 1.4 und 1.8 im AUG werden in einer der nächsten Sitzungen beantwortet. Die Beantwortung zur Anfrage unter TOP 1.7 erfolgt im Betriebsausschuss.

Abschließend informiert Herr Struwe über die Änderung der Tagesordnung ab Januar 2019. Ab dem 01.01.2019 starte das Pilotprojekt zum Leitlinienprozess Bürgerbeteiligung u. a. auch im Ausschuss Umwelt und Grün.

Damit die Beschlussvorlagen, über die der Ausschuss selbst entscheiden könne und für die eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden könne, auf der Tagesordnung gut sichtbar sind, werde TOP 4 in zwei Unterpunkte unterteilt.

Und zwar in

TOP 4.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)

und

TOP 4.2 Allgemeine Beschlussvorlagen (Entscheidung)

Die Vorschläge zur aktuellen und zur ab Januar 2019 gültigen Tagesordnung finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:²

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der jeweiligen Niederschrift

² Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

B Gleichstellungsrelevante Themen

**C Vortrag von Herrn Gugel vom IFEU Institut
betreffend
CO₂-Bilanz**

**zu C Fortschreibung der Energie- und Treibhausgasbilanz der Stadt Köln für die Jahre 2008-2015 und eine erste Bilanzierung ausgewählter Beteiligungsunternehmen
2953/2018**

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
betreffend
Atomkraftwerke in Tihange und Doel
AN/0875/2018

1.1.1 Beantwortung der Anfrage und Auszug als Anlage 1
2045/2018

1.1.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage
3727/2018

1.2 Anfrage der Ratsgruppe BUNT
betreffend
Wie kann das Plastikmüll-Problem auf dem Christopher Street Day in Köln gelöst werden?
AN/1156/2018

1.2.1 Beantwortung der Anfrage
3084/2018

1.3 Anfrage der Ratsgruppe BUNT
betreffend
Mikroplastik in unseren Gewässern – Kann eine Geschwemmselanlage für den Rhein helfen?
AN/1157/2018

- 1.4 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln– Wurden Alternativen
unter ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten untersucht?
AN/1310/2018
- 1.5 Anfrage der Fraktion Die Linke
betreffend
Ist Braunkohleverbrennung in Köln verzichtbar?
AN/1319/2018
- 1.5.1 Beantwortung der Anfrage
3771/2018
- 1.6 Anfrage der Fraktion Die Linke
betreffend
Trinkwasserversorgung für Köln
AN/1556/2018
- 1.6.1 Beantwortung der Anfrage
3749/2018
- 1.7 Gemeinsame Anfrage von SPD-Fraktion und Ratsgruppe BUNT
betreffend
Hundekotbeutel aus kompostierbarem Material
AN/1620/2018
- 1.8 Anfrage von Ratsgruppe BUNT
betreffend
Kleine Maßnahmen gegen Plastikmüll: Leihsystem mit wiederverwertbaren
Behältnissen für Lieferdienste einführen?
AN/1624/2018
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 3 Kommunaler Klimaschutz**
- 3.1 Förderprogramm Klima-Schritte
2904/2018
- 3.2 Sachstandsmitteilung Klimaschutz
3435/2018
- 3.3 mission E
3490/2018

3.4 Auszeichnung für das GrowSmarter Projektgebiet Stegerwaldsiedlung
3643/2018

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Köln
0529/2018

4.2 Stadtverschönerungsmittel des Stadtbezirkes Lindenthal für die Jahre
2017/2018
2524/2018

4.3 Freiraumplanung Innerer Grüngürtel / Parkstadt Süd
Bedarfsfeststellung und Genehmigung einer außerplanmäßigen VE
2546/2018

4.4 Ersatzbeschaffung von 27 Aufsitzrasenmähern
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung
3007/2018

4.5 Ersatzbeschaffung von 2 Forstspeziialschleppern
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung
3012/2018

4.6 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Richtwert, Pädagogische Leitlinien und Qualitätsstandards zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3067/2018

4.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Abwasserbeseitigungskonzept (ABK), Bericht ABK 2019
3218/2018

4.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Abwassergebührensatzung 2019
3214/2018

4.9 Sanierung Orangerie im Volksgarten
3464/2018

4.10 Beschluss des fortgeschriebenen Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord
2788/2018

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

- 5.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Bauliche Erweiterung Blaue Funken/ Sachsenturm (Blaue-Funken-Weg 2) in Köln-Neustadt-Süd
2978/2018
- 5.1.1 Qualifizierungsverfahren "Blaue Funken"/Sachsenturm (Blaue Funken-Weg 2), Köln-Innenstadt
Hier: Beantwortung Fragen Ausschuss Umwelt und Grün vom 18.09.2018 zu TOP 7.4
3361/2018

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

- 7.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeits- und Erfahrungsbericht für die Zeit von 09/2017 - 05/2018
3010/2018
- 7.2 Offenlage nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) Bebauungsplan-Entwurf (VEP) Nr. 74440/02
Arbeitstitel: Rather See in Köln-Rath/Heumar
2646/2018
- 7.3 Berichtspflicht gem. § 42 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
Bericht an den Ausschuss Umwelt und Grün - Teilbereich Umwelt
2913/2018
- 7.4 Rohrleitungsschaden Naphtha
hier: Sachstandsbericht zum 15.09.2018
3204/2018
- 7.5 Weinrebenprojekt an Kölner Schulen
3225/2018
- 7.6 Energieeinsparung durch Sanierung der Beleuchtungsanlagen im Museum für Ostasiatische Kunst
3324/2018
- 7.7 Stilllegung der Altdeponie "Nonis" in Köln Merheim, hier: Sachstand zur Planung einer Gassperre und zum weiteren Vorgehen zur Sicherung von Depo-niegasemissionen
3335/2018

- 7.8 Kalkberg
Analyseergebnisse verschiedener Kleinrammbohrungen (KRB) aus dem Kalkberg
3183/2018
- 7.9 Kleingartenwettbewerb "Bunte Vielfalt"
3508/2018
- 7.10 Grünerschließung Kriebelpfad / Ausgleichsmaßnahme
Unterrichtung des Rates über eine Kostenerhöhung nach § 24 Abs. 2 GemH-VO im Teilfinanzplan 1301 (Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen) bei Finanzstelle 6700-1301-6-1010 /Grünerschließung Kriebelpfad, Ausgleichsmaßnahme (Festwert). Der Rat nimmt die Kostenerhöhung i. H. v. 132.000 € zustimmend zur Kenntnis.
3323/2018

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

- 8.1 Kalkberg, Staubverwehungen und Sachstand
Beantwortung der mündlichen Anfrage der RM Brust und Kockerbeck aus der Sitzung des Bauausschusses am 17.09.2018
3170/2018
- 8.2 Beantwortung der Frage aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün vom 18.09.2018 betr. Stadtradeln
3302/2018
- 8.3 Beantwortung von Rückfragen zum Wasserversorgungskonzept der Stadt Köln (1274/2018) aus der Sitzung vom 21.06.2018, TOP 4.2
2632/2018

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
 - 12.1 Prüfbericht Umsetzung der Baumschutzsatzung bei 67 - Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
0707/2018
 - 12.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am 18.09.2018
3598/2018
- 13 Vergaben**
- 14 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 16 Mitteilungen**
- 17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 18 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

B Gleichstellungsrelevante Themen

**C Vortrag von Herrn Gugel vom IFEU Institut
betreffend
CO2-Bilanz**

**zu C Fortschreibung der Energie- und Treibhausgasbilanz der Stadt Köln für die Jahre 2008-2015 und eine erste Bilanzierung ausgewählter Beteiligungsunternehmen
2953/2018**

Herr Gugel, M.A. im Bereich öffentliches und betriebliches Umweltmanagement im IFEU-Institut, verdeutlicht anhand einer PowerPoint-Präsentation die Energie- und Treibhausgasbilanzierung innerhalb der Stadt Köln für die Jahre 2008 bis 2015 sowie eine erste Bilanzierung ausgewählter Beteiligungsunternehmen.³

Ausschussvorsitzender Herr Struwe dankt Herrn Gugel für den aufschlussreichen Vortrag.

SB Herr Becker fragt, ob die Datengüte für eine derartige Bilanz tatsächlich ausreichend oder auch gut sei. Er erkundigt sich nach Benchmark-Daten aus anderen Kommunen des Klimaschutz-Bündnisses und fragt, ob dort ebenfalls Erfolge zu verzeichnen seien.

Herr Becker bittet die Verwaltung um eine Bewertung des bisher Erreichten und um eine Darstellung des weiteren Vorgehens. Insbesondere bittet er um eine Einschätzung, wo sich die Stadt künftig stärker engagieren könne und um Erläuterung, wer aus der Verwaltung die Daten künftig fortschreibt.

RM Frau Welcker vermisst einen Hinweis darauf, wie die Datengüte erhöht werden könne. Sie macht hinsichtlich Scope 3, wo es um die Bilanzierung ausgewählter indirekter Emissionen gehe, deutlich, dass diese Daten bislang nur 2 bis 3 % der Bilanz ausmachten. Für sie liege der Schwerpunkt eindeutig auf der verbesserungswürdigen Datengröße bzw. -tiefe im Verkehrsbereich, der immerhin 26 % ausmache.

Auch ihr fehle von der Verwaltung in der Mitteilung der Ausblick, also die Perspektive zum weiteren Handeln.

RM Herr Brust weist zur Analytik der Flugverkehrsdaten darauf hin, dass für den persönlichen CO₂-Fußabdruck die Flüge und nicht nur die Starts und Landungen entscheidend seien. Er fragt, ob evtl. Durchschnittszahlen zum Flugverkehr benutzt werden können. Herr Brust richtet eine Frage hinsichtlich separater Daten für Privathaushalte an Herrn Dienhart und erkundigt sich, wie weit die Gespräche gediehen seien, auf die in der Mitteilung verwiesen werde.

³ Die Folien des Vortrags sind der Niederschrift als Anlage beigelegt und im Ratsinformationssystem eingestellt.

SE Frau Lange fragt, ob in dem Bericht stehe, wenn ein Energieerzeuger auf Kölner Boden seinen CO₂-Ausstoß stark reduziere, z. B. in der Berechnung bei lokalen Energieverbräuchen.

SB Herr Dr. Albach spricht das Verbesserungspotential der Bilanz an und betont, dass eine produktionsorientierte Bilanz keinen Sinn mache. Er spricht sich dafür aus, die Menge der Kraftstoffverkäufe bei den Mineralölunternehmen der Bilanz zugrunde zu legen.

Herr Gugel betont, man halte die Datengüte mit 80 % für sehr gut. Für die Aussagekraft im Verkehrsbereich wünsche man sich ein städtisches Verkehrsmodell mit eigenen Zählungen, um spezifischere Daten für Köln zu erhalten.

Hinsichtlich der Flugverkehrsdaten verweist Herr Gugel auf das Prinzip der territorialbasierten Energiebilanz, das nur Daten vor Ort zugrunde lege, genau wie bei den Daten aus dem Kfz-Verkehr, wenn Autofahrer von Köln nach Leverkusen fahren. Wenn man die bundesdurchschnittlichen Daten zugrunde lege, könne das die Aussagekraft einer städtischen Bilanz senken.

Eine Bilanz mit dem Absatz von Kraftstoff werde in Bremen erstellt, wo ein statistisches Landesamt den Energieabsatz erhebt. Aber auch hier komme es zu Ungenauigkeiten, da in Bremen selbst viele Tankstellen vorhanden seien, im Bundesland Niedersachsen jedoch nicht.

In der anschließenden Diskussion wird deutlich, dass nicht allein die Daten, sondern das daraus resultierende Handeln eine wichtige Rolle spielt.

Beigeordneter Herr Dr. Rau verweist auf den Sonderbericht des Weltklimarates. Dieser sage aus, dass theoretisch noch die technischen Möglichkeiten vorliegen, um das Erwärmungsziel von 1,5 Grad weltweit zu erreichen. Aber, so wörtlich, die Maßnahmen, die dafür erforderlich seien, seien von beispiellosem Ausmaß.

Auf Köln bezogen räumt Herr Dr. Rau ein, sei man noch weit von diesem Ziel entfernt, wenn man die Kriterien der Bundesregierung zugrunde lege. Wenn man jedoch an dem 2020 Ziel festhalten wolle, seien auch in Köln beispiellose Anstrengungen sowohl im industriellen, als auch im häuslichen und im Verkehrsbereich unumgänglich. Zu diesem Zweck habe er die umweltpolitischen Sprechenden der Fraktionen eingeladen.

Herr Peschen ergänzt zur Systematik, dass man ein Modul präsentiere, das deutschlandweit einsetzbar sei und die Möglichkeit biete, einen Vergleich herzustellen und so angelegt sei, dass die Verwaltung es künftig auch ohne gutachterliche Betreuung als Benchmark einsetzen könne. Herr Gugel habe angeboten, so ein Modul zur Verfügung zu stellen, sobald es vorliege.

Von Seiten der Ausschussmitglieder werden weitere Fragen insbesondere zur Methodik der Verkehrsdatenerhebung aufgeworfen.

Herr Gugel erläutert, dass die Fahrleistungen verschiedener Verkehrsmittel gemessen werden, also wieviel Kilometer im Stadtgebiet Köln gefahren werden. Gleichzeitig mit diesen Kilometern sei ein Treibstoffverbrauch verbunden. Damit werden wiederum die Fahrleistung und der CO₂-Ausstoß für die unterschiedlichen Fahrzeugtypen, ob SUV oder die KVB, bewertet.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Präsentation und Ausführungen von Herrn Gugel und die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

**1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
betreffend
Atomkraftwerke in Tihange und Doel
AN/0875/2018**

**1.1.1 Beantwortung der Anfrage und Auszug als Anlage 1
2045/2018**

**1.1.2 Beantwortung der mündlichen Anfrage
3727/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftlichen Antworten der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.2 Anfrage der Ratsgruppe BUNT
betreffend
Wie kann das Plastikmüll-Problem auf dem Christopher Street Day in
Köln gelöst werden?
AN/1156/2018**

**1.2.1 Beantwortung der Anfrage
3084/2018**

RM Frau Gerlach dankt der Verwaltung für die Beantwortung. Hinsichtlich der Aussage, dass im Rahmen von Demonstrationen seitens der Ordnungsbehörde keine Auflagen erteilt werden, wendet sie ein, dass bei verschiedensten Demonstrationen die Verwaltung viele Auflagen erteilt habe, unter anderem die Auflage, Hilfsmittel zu benennen.

Dies sei eine gute Möglichkeit anzusetzen. Als Hilfsmittel kämen Dinge in Frage, die nicht anmeldepflichtig sind, wie zum Beispiel Produkte aus Papier, Getränkepackungen mit mehr als 0,4 l Inhalt oder auch Produkte aus Bioplastik. Genauso gut könnten Produkte benannt werden, die man beim CSD nicht benutzen soll, z. B. Produkte, die zu riesigen Mengen an Müll oder auch zu Scherben führen können.

Frau Gerlach schlägt einen runden Tisch mit den Organisatoren des CSD vor.

Herr Dr. Rau sagt eine Weiterleitung der Nachfrage an die zuständige Verwaltung zu.

Die Anfrage und die Beantwortung werden auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung gesetzt.

**1.3 Anfrage der Ratsgruppe BUNT
betreffend
Mikroplastik in unseren Gewässern – Kann eine Geschwemmselanlage
für den Rhein helfen?
AN/1157/2018**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**1.4 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln– Wurden Alternativen unter ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten untersucht?
AN/1310/2018**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**1.5 Anfrage der Fraktion Die Linke
betreffend
Ist Braunkohleverbrennung in Köln verzichtbar?
AN/1319/2018**

**1.5.1 Beantwortung der Anfrage
3771/2018**

SE Frau Lange bemerkt kritisch, dass Frage 1 nicht beantwortet worden sei. Die Fragen 2b, 3 und 4 können angeblich nicht beantwortet werden, da es sich um Betriebsgeheimnisse handle. Frau Lange fragt, ob es möglich sei, die Fragen im nichtöffentlichen Teil zu beantworten.

Herr Dienhart erklärt, dass man die Bekanntgabe der betriebsrelevanten Zahlen im nichtöffentlichen Teil einer späteren Sitzung zunächst intern prüfen werde. Eine Umrüstung der bestehenden Braunkohlewirbelschichtanlage auf Gasbetrieb sei technisch nicht möglich.

Er bestätigt, dass es technisch grundsätzlich möglich sei, die GuD-Anlage⁴ stärker hochzufahren und dadurch die Braunkohleanlage weniger auszulasten. Es unterliegt einer komplexen betriebswirtschaftlichen Gesamt-Optimierung, mit welcher Anlage man welchen Endenergieträger - Fernwärme, Dampf und Strom - generiert.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Stellungnahme der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Dienhart zur Kenntnis.

**1.6 Anfrage der Fraktion Die Linke
betreffend
Trinkwasserversorgung für Köln
AN/1556/2018**

**1.6.1 Beantwortung der Anfrage
3749/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.7 Gemeinsame Anfrage von SPD-Fraktion und Ratsgruppe BUNT
betreffend
Hundekotbeutel aus kompostierbarem Material
AN/1620/2018**

Die Beantwortung erfolgt im Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb.

⁴ <https://de.wikipedia.org/wiki/Gas-und-Dampf-Kombikraftwerk>

**1.8 Anfrage von Ratsgruppe BUNT
betreffend
Kleine Maßnahmen gegen Plastikmüll: Leihsystem mit wiederverwertbaren Behältnissen für Lieferdienste einführen?
AN/1624/2018**

Die Antwort der Verwaltung erfolgt in der nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

Hierzu liegt nichts vor.

3 Kommunaler Klimaschutz

**3.1 Förderprogramm Klima-Schritte
2904/2018**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt zur Förderung von Klimaschutz-Kleinprojekten das als Anlage 1 beigefügte Förderprogramm.

Zur Umsetzung des Programms -mit Beginn im Haushaltsjahr 2018- beschließt der Rat die Freigabe von Haushaltsmitteln im Umfang von 100.000 Euro im Teilergebnisplan 1401, - Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Die Mittel zur Fortsetzung des Programms im Haushaltsjahr 2019 werden beim Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt budgetneutral zur Verfügung gestellt.

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 jeweils 100.000 Euro im Rahmen der Haushaltsplanung 2020 ff. zu veranschlagen (Teilergebnisplan 1401, - Umweltordnung, -vorsorge, in der Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen).

Das Förderprogramm wird zunächst auf diesen Zeitraum befristet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**3.2 Sachstandsmitteilung Klimaschutz
3435/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.3 mission E
3490/2018**

RM Herr Brust fragt, weshalb in der Mitteilung stehe, dass der Stromverbrauch nahezu gleichgeblieben sei. Er habe festgestellt, dass im Jahr 2005 der Stromverbrauch 51,9 KW/m² betragen habe und im letzten Energiebericht 31 KW/m³, was eine erfreuliche Tatsache sei.

SE Frau Lange fragt, ob man das Programm erweitern könnte und den Verkehr der Beschäftigten zum und vom Arbeitsplatz berücksichtigen und optimieren könne.

Frau Dr. Möhlendick sagt an Herrn Brust gewandt zu, dies noch mal zu überprüfen. Sie dankt Frau Lange für die Anregung. Auch das Thema Mobilitätsmanagement insgesamt werde man als Aufgabe für die Koordinationsstelle Klimaschutz betrachten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Dr. Möhlendick und die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

3.4 Auszeichnung für das GrowSmarter Projektgebiet Stegerwaldsiedlung 3643/2018

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Köln

Auf Nachfrage von SB Herrn Dr. Albach hinsichtlich Elektroschrottsentsorgung und der Neuregelung der Batterieentsorgung in Köln antwortet Frau Stüwe, dass sich die Entsorgung von Elektroschrott nicht mehr allein in der Hand der Kommunen befinde. Die Kommune habe nur Einfluss auf die Dinge, für die Gewinne erzielt werden. Diese werden über die AWB entsorgt.

Herr Peschen ergänzt, dass das Umwelt- und Verbraucherschutzamt diese Aufgabe übernommen habe.

Die Unteren Umweltschutzbehörden sind sachlich für die Umsetzung des Batteriegesetzes zuständige Behörde. Soweit im Rahmen der Rücknahme von Altbatterien Missstände offenkundig werden, wird die Untere Abfallwirtschaftsbehörde tätig.⁵

⁵ Das BattG-Melderegister des Umweltbundesamtes verpflichtet Hersteller und Importeure von Batterien und Akkumulatoren, sich im BattG-Melderegister anzuzeigen und dabei Angaben zur Wahrnehmung ihrer Produktverantwortung zu hinterlegen.

Die Hersteller von Gerätebatterien haben sich dem Gemeinsamen Rücknahmesystem Batterien (GRS Batterien) oder einem der herstellereigenen Rücknahmesysteme angeschlossen. Für keines dieser Unternehmen ist die Stadt Köln zuständig.

Der Service der Rücknahmesysteme umfasst unter anderem folgende Leistungen:

- Ausstattung der Vertreiber und deren angeschlossenen Rücknahmestellen mit Sammelbehältern, ggf. in individuellem Design
- kostenfreie Abholung der gesammelten Batterien
- gesetzeskonforme Verwertung der Batterien
- Reporting
- Dokumentation der Leistungen gegenüber den Behörden

Am Anfang der Prozesskette holen die Rücknahmesysteme die Geräte-Alt Batterien von den Sammelstellen ab. Die Rücknahmesysteme betreiben die für Käufer unentgeltliche Batterierücknahme und -entsorgung.

Bleibatterien werden nach hier vorliegenden Informationen von drei Kölner Betrieben angenommen und entsorgt. Alle drei Betriebe werden durch die Bezirksregierung Köln überwacht.

Sogenannte Zerlegebetriebe, in denen die Batterien in ihre Komponenten zerlegt und weiter aufbereitet (recycelt) werden, gibt es nicht auf Kölner Stadtgebiet. Diese Betriebe befinden sich zum Beispiel im Frankfurter Raum.

RM Frau Stahlhofen bittet die Abfallwirtschaftsbetriebe, Müllablagerungen an Standorten ohne unterirdische Container weiter zu berücksichtigen.

Zu ihrer Nachfrage bezüglich der kostenlosen oder kostenpflichtigen Abgabe von Asbest vermutet Frau Otto, dass für Kleinmengen aus Privathaushalten eine kostenlose Abgabe und für gewerbliche Abfälle eine kostenpflichtige Abgabe gelte. Sie werde noch eine schriftliche Stellungnahme abgeben.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt das Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Köln in der beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.2 Stadtverschönerungsmittel des Stadtbezirkes Lindenthal für die Jahre
2017/2018
2524/2018**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Beschlussvorlage zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen, vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Finanzausschuss, umzusetzen und den beteiligten Gremien über die Mittelverwendung zu berichten.

Die Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2016/2017 sowie 2018 im Teilergebnisplan 1301, Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung. Die Bereitstellung der Mittel 2017 ist im Zuge der Ermächtigungsübertragung nach 2018 erfolgt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**4.3 Freiraumplanung Innerer Grüngürtel / Parkstadt Süd
Bedarfsfeststellung und Genehmigung einer außerplanmäßigen VE
2546/2018**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stellt den Bedarf für die Planung und Ermittlung der Ausbaurkosten für die Vollendung des Inneren Grüngürtels im Rahmen des Projektes „Parkstadt Süd“ mit den gesamten Planungskosten in Höhe von 4.581.500,00 € (3.850.000,00 € netto) fest und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung einer europaweiten Ausschreibung für die Leistungsphasen 1 bis 9.
2. Der Rat beschließt die außerplanmäßige Bereitstellung einer Verpflichtungsermächtigung gem. § 85 GO NRW in Höhe von 520.000 € im Teilfinanzplan 1301 (Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen) bei Finanzstelle 6700-1301-0-1002 / Freiraumplanung Innerer Grüngürtel, Festwert. Die Deckung erfolgt im gleichen Teilfinanzplan bei Finanzstelle 6700-1301-0-9800 / EFRE Grüne Infrastruktur, Festwert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.4 Ersatzbeschaffung von 27 Aufsitzrasenmähern
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung
3007/2018**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**4.5 Ersatzbeschaffung von 2 Forstspezialschleppern
hier: Bedarfsfeststellung und Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung
3012/2018**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Grün stellt den Bedarf für die geplanten Beschaffungsmaßnahmen fest und stimmt der Einleitung des Vergabeverfahrens zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Verpflichtungsermächtigung in
Höhe von 670.000,- € im Teilfinanzplan 1301 / Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Zeile 9 / Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 6700-1301-0-0100 / Beschaffungen KFZ, Hpl. 2018.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.6 Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln 2018 - Richtwert, Pädagogische Leitlinien und Qualitätsstandards zu Spiel-, Bewegungs- und Aktionsflächen für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum
3067/2018**

RM Frau Stahlhofen geht kurz auf die ergänzten Beschlussempfehlungen der BV Porz und des Sportausschusses ein. Sie kommt anschließend auf den vorgeschlagenen Richtwert von 2 m² Nettospielfläche zu sprechen und merkt an, dass die Stadt Köln mit aktuell 1,1 m² noch weit darunter liege, der tatsächliche Richtwert jedoch laut Landesgesetzgebung 4 m² betrage. Sie bittet um Aufklärung der unterschiedlichen Zahlen von 2 und 4 m², hinterfragt kritisch, weshalb die Stadt Köln den Kindern den untersten Bedarf zumute und bittet die Verwaltung, dies noch mal in ihrer Planung zu überdenken.

RM Herr Struwe berichtet aus dem Stadtentwicklungsausschuss, dass die Flächen nach Baurecht für den Bauherrn verpflichtend seien. Im vorliegenden Fall gehe es um

die Spielplatzbedarfsplanung der Stadt Köln, die über das hinausgeht, was die privaten Bauherren im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Vorschriften leisten müssen.

RM Frau Welcker beantragt, den ergänzten Beschlusstext des Stadtentwicklungsausschusses zur Abstimmung zu stellen, wonach diese Spielplatzflächen auch außerhalb eines konkreten Bebauungsplans gelten sollen oder auch durch Aufwertung eines alten Spielplatzes nachgewiesen werden können.

SB Herr Dr. Albach bekräftigt dies und betont im Hinblick auf die Beschlussfassung der BV Porz, dass der Ausschuss Umwelt und Grün demnächst im Fokus stehe, wenn es um Bürgerbeteiligung gehe.

Da der ergänzende Beschlusstext aus dem Stadtentwicklungsausschuss nicht vorliegt, schlägt Ausschussvorsitzender Herr Struwe vor, die Fragen zu Protokoll zu geben und die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Mit dem Vorschlag sind alle Mitglieder des Ausschusses einverstanden.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage **ohne Votum** in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.7 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Abwasserbeseitigungskonzept (ABK), Bericht ABK 2019
3218/2018**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Bericht zum Kölner Abwasserbeseitigungskonzept für das Berichtsjahr 2019 (Bericht ABK 2019) nach Kapitel 5.1.2 der novellierten Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten vom 08.08.2008 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**4.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB); Abwassergebührensatzung 2019
3214/2018**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2019 (Anlage 2) zur Kenntnis.
- stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche

Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben –
Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung
zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.9 Sanierung Orangerie im Volksgarten 3464/2018

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung mit dem Verein „Orangerie im Volksgarten e.V.“ für die Immobilie sowie die erforderliche Grundstücksfläche einen Erbbaurechtsvertrag auszuarbeiten. Der Erbbaurechtsvertrag wird mit gesonderter Beschlussvorlage eingebracht.

Um die zweckgebundene und kostensichere Verwendung der im Haushalt für die Sanierung der Orangerie vorgesehenen Mittel in Höhe von 1,8 Millionen Euro zu gewährleisten wird die Verwaltung beauftragt, die Eckwerte eines öffentlich-rechtlichen Zuschussvertrages mit dem Verein „Orangerie im Volksgarten e.V.“ zu erarbeiten und ebenfalls mit gesonderter Beschlussvorlage vorzulegen.

Der Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung mit dem Verein „Orangerie im Volksgarten e.V.“ für die Immobilie sowie die erforderliche Grundstücksfläche einen Erbbaurechtsvertrag auszuarbeiten. Der Erbbaurechtsvertrag wird mit gesonderter Beschlussvorlage eingebracht.

Um die zweckgebundene und kostensichere Verwendung der im Haushalt für die Sanierung der Orangerie vorgesehenen Mittel in Höhe von 1,8 Millionen Euro zu gewährleisten wird die Verwaltung beauftragt, die Eckwerte eines öffentlich-rechtlichen Zuschussvertrages mit dem Verein „Orangerie im Volksgarten e.V.“ zu erarbeiten und ebenfalls mit gesonderter Beschlussvorlage vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.10 Beschluss des fortgeschriebenen Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord 2788/2018

SB Herr Becker merkt an, dass die Vorlage zur Sitzung des Arbeitskreises noch nicht vorlag und schlägt vor, sie ohne Votum in die weitere Beratung zu geben.

Die anderen Ausschussmitglieder sind mit dem Vorschlag einverstanden.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage **ohne Votum** in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

5.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

**Arbeitstitel: Bauliche Erweiterung Blaue Funken/ Sachsenturm (Blaue-Funken-Weg 2) in Köln-Neustadt-Süd
2978/2018**

5.1.1 Qualifizierungsverfahren "Blaue Funken"/Sachsenturm (Blaue Funken-Weg 2), Köln-Innenstadt

**Hier: Beantwortung Fragen Ausschuss Umwelt und Grün vom
18.09.2018 zu TOP 7.4
3361/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

RM Herr Walter bemerkt kritisch, in Anlage 2 der Vorlage stehe, dass für die Baumfällungen keine Ersatzpflanzungen zu leisten seien. Die SPD-Fraktion sei der Meinung, dass der Grünausgleich in Form von Ersatzpflanzungen vor Ort erfolgen und im weiteren Verfahren auf eine Dach- und Fassadenbegrünung hingewirkt werden sollte. Er bittet, den Ausschuss Umwelt und Grün bei der Beratung des Bebauungsplanes zu berücksichtigen.

SB Herr Schallehn merkt an, dass in Köln ein erheblicher Druck auf die Grünflächen herrsche. Daher müssen solche Bauvorhaben sorgfältig abgewogen werden. Das vorliegende Bauvorhaben könne die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen nach sorgfältiger Abwägung nicht befürworten. Man habe die Wettbewerbsplanung mitgetragen, um eine evtl. herausragende, ökologisch vorzeigbare Idee befürworten zu können. Die Ergebnisse des Wettbewerbs haben dies jedoch nicht gezeigt. Man werde daher gegen die Beschlussvorlage stimmen.

Frau Dellmann nimmt zu den Kritikpunkten Stellung. Hinsichtlich des Baumbestandes erläutert sie, dass es sich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handle. Das bedeute, die Verwaltung werde im weiteren Verfahren eine Umweltprüfung durchführen und dazu einen Umweltbericht erstellen. Im Zuge dessen werden alle Umweltbelange und Schutzgüter, zu denen auch Bäume und andere Pflanzen gehören, geprüft.

Die Bäume seien nicht im Sinne der Baumschutzsatzung der Stadt Köln auszugleichen, weil die Fläche nach Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung zu bewerten sei. Es werde eine Aufnahme der Bäume stattfinden und dann entschieden, ob und wie ein Ausgleich vor Ort möglich sei.

Frau Altendorf sagt zu, den Wunsch des Ausschuss Umwelt und Grün hinsichtlich der Beratung des Bebauungsplanes weiter zu geben und möglichst zu berücksichtigen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Dellmann und Frau Altendorf sowie die umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet im Bereich Blaue-Funken-Weg in der Gemarkung Köln, Flur 33, auf dem Flurstück 266 (ehemalige Stadtmauer) sowie in südwestlicher Verlängerung auf dem Flurstück 348 in einer Breite von ca. 12 m und Länge von ca. 33 m südlich des Blaue-Funken-Weges parallel zum Kartäuserwall mit einer Größe von ca. 700 m² —Arbeitstitel: *Bauliche Erweiterung Blaue Funken/ Sachsenturm (Blaue-Funken-Weg 2) in Köln-Neustadt-Süd*—einzuleiten mit dem Ziel, eine bauliche Erweiterung der Vereinsnutzung festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 2 (Versammlung);

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und die Fraktion Die Linke.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

7.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeits- und Erfahrungsbericht für die Zeit von 09/2017 - 05/2018 3010/2018

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.2 Offenlage nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) Bebauungsplan-Entwurf (VEP) Nr. 74440/02 Arbeitstitel: Rather See in Köln-Rath/Heumar 2646/2018

RM Herr Brust äußert sich kritisch zu der Tatsache, dass, entgegen einem vor Jahren beschlossenen Kompromiss mit nur einer Wasserskianlage, jetzt doch zwei Anlagen gebaut werden sollen. Er fragt, warum die Mitteilung der Verwaltung erst jetzt nach der öffentlichen Auslegung in den politischen Gremien erfolge, obwohl u. a. der Ausschuss Umwelt und Grün ein Mitspracherecht habe.

Zudem habe der Rat beschlossen, dass pro 4 Parkplätzen ein Baum gepflanzt werden solle. Laut Mitteilung seien wesentlich mehr Parkplätze und im Verhältnis dazu sehr wenige Bäume vorgesehen. Herr Brust möchte wissen, warum der Ratsbeschluss nicht umgesetzt werde.

Außerdem werde auf Ausgleichsmaßnahmen verzichtet, da dies angeblich zu erhöhten Eintrittspreisen für die Badegäste führe. Herr Brust fragt, wie abgesichert werde, dass der Eintrittspreis für die Badegäste im erträglichen Rahmen bleibe.

RM Frau Stahlhofen möchte unter Hinweis auf die Auseinandersetzung zweier Erbengemeinschaften wissen, welche der beiden den Bauantrag gestellt habe. Außerdem bittet sie die Verwaltung hinsichtlich der rückstandsfrei zu übergebenden Kleingärten, darauf zu achten, wie mit diesen Grünflächen umgegangen werde, auch wenn die Kleingärten nicht der Kleingartensatzung unterliegen. Noch dazu handle es sich um die frühere Landebahn des alten Flughafens Ostheim, wo sich Schießanlagen mit Fundamenten befinden.

SB Herr Becker fragt, wie die Kostenpflicht für Bade- bzw. Wasserskigäste aussehe.

RM Frau Bercher-Hiss fragt, wie sichergestellt werde, dass es sich nicht um einen Freizeitpark handle, ob es Aussagen dazu gebe, auf wieviel prozentualen Anteil der Wasserfläche Wassersport stattfindet und wie groß die Parkplatzfläche sei.

SB Herr Schallehn erwähnt, der BUND habe eine Stellungnahme abgegeben, dass die Artenschutzprüfung nicht korrekt sei, da einzelne Arten, wie z. B. die Zauneidechse, fehlten und die Unterwasserflora nicht berücksichtigt sei. Er bittet die Verwaltung um Stellungnahme, auch zum Alter der Artenschutzprüfung.

Herr Sitzmann nimmt zu den aufgeworfenen Fragen und Kritikpunkten Stellung.

1. Eine Badenutzung sei im Bebauungsplan vorgesehen und aus dem Flächennutzungsplan ableitbar.
2. Hintergrund zum Zeitpunkt der jetzigen Mitteilung sei, dass früher eine Beschlussfassung für die Durchführung der Offenlage durch den Stadtentwicklungsausschuss und andere Ausschüsse notwendig gewesen sei.

Dies sei inzwischen abgeändert worden, so dass für eine Offenlage kein Beschluss mehr gefasst werden müsse. An diese Stelle habe die Verwaltung jetzt die Mitteilung an die politischen Gremien gesetzt, dass eine Offenlage stattfindet. Die Verwaltung sei bemüht, diese Mitteilung möglichst vor der Offenlage in die Ausschüsse zu bringen, was manchmal aufgrund der langen Vorlaufzeiten und der Eilbedürftigkeit der Vorhaben nicht gelinge.

3. Die ursprünglich beabsichtigten Baumpflanzungen seien aufgrund der verfügbaren Grundstücksfläche und der erforderlichen Stellplatzzahl nicht möglich. Die Verwaltung habe aber darauf gedrängt, dass überhaupt Bäume gepflanzt werden.
4. Eintrittspreise und Ausgleichsmaßnahmen hingen nicht miteinander zusammen.

Ein großer Teil des erforderlichen Ausgleichs sei nach der Eingriffsbilanz durch eine indirekte Beeinträchtigung der Wasserfläche entstanden und daher funktional nicht möglich. Nach umfangreichen Gesprächen mit dem Vorhabenträger sei man zu dem Ergebnis gekommen, dass etwa 72 %, aber nicht 100 %, ausgeglichen werden.

Der Eintrittspreis für den Badestrand orientiere sich an ähnlichen Einrichtungen, z. B. dem Naturfreibad in Köln-Vingst, um einer breiten Bevölkerungsschicht das Baden zu ermöglichen und werde im Durchführungsvertrag zum Bebauungsplan festgeschrieben.

5. Ca. 75% der Ufer- und Seefläche stünden der einen Erbengemeinschaft zur Verfügung. Eine Einigung aller Beteiligten hinsichtlich einer Einbindung in das Vorhaben, Ersatzzahlungen usw. sei nicht gelungen. Daher erstrecke sich der Vorhaben- und Erschließungsplan nur über die Bereiche, die der einen Erbengemeinschaft gehörten. Für die andere gelte das alte Planungsrecht aus dem bestehenden rechtskräftigen Bebauungsplan. Für diese gelte auch die Rekultivierungsverpflichtung, z. B. die

Entfernung des Wirtschaftsweges. Kleingärten seien in dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes nicht vorhanden.

6. Sowohl das Baden, als auch die Nutzung der Wasserskianlage seien kostenpflichtig.
7. Die Stellungnahme des BUND sei der Verwaltung bekannt. Die erste Artenschutzprüfung sei von 2008. Sie sei 2011 und 2017 aktualisiert worden. In dieser ganzen Zeit seien die angesprochenen Arten einschließlich der Zauneidechse nicht gefunden worden.

Allerdings sei die Artenvielfalt in diesem Bereich deutlich zurückgegangen, seit die Auskiesung dort nicht mehr stattfindet und der unregelmäßige Badebetrieb erheblich zugenommen habe.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Sitzmann und die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.3 Berichtspflicht gem. § 42 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
Bericht an den Ausschuss Umwelt und Grün - Teilbereich Umwelt
2913/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.4 Rohrleitungsschaden Naphtha
hier: Sachstandsbericht zum 15.09.2018
3204/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.5 Weinrebenprojekt an Kölner Schulen
3225/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.6 Energieeinsparung durch Sanierung der Beleuchtungsanlagen im Museum für Ostasiatische Kunst
3324/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.7 Stilllegung der Altdeponie "Nonis" in Köln Merheim, hier: Sachstand zur Planung einer Gassperre und zum weiteren Vorgehen zur Sicherung von Deponiegasemissionen
3335/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.8 Kalkberg
Analyseergebnisse verschiedener Kleinrammbohrungen (KRB) aus
dem Kalkberg
3183/2018**

SB Herr Dr. Albach bedankt sich bei der Verwaltung für die systematische Arbeit und die Stellungnahme.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe schließt sich der Aussage an.

RM Frau Stahlhofen möchte wissen, welche Arbeiten zurzeit dort durchgeführt werden.

Herr Peschen sagt eine Weiterleitung an die Fachverwaltung mit der Bitte um schriftliche Stellungnahme auch im Bauausschuss zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.9 Kleingartenwettbewerb "Bunte Vielfalt"
3508/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.10 Grünerschließung Kriebelpfad / Ausgleichsmaßnahme
Unterrichtung des Rates über eine Kostenerhöhung nach § 24 Abs. 2
GemHVO im Teilfinanzplan 1301 (Öffentliches Grün, Wald- und Forst-
wirtschaft, Erholungsanlagen) bei Finanzstelle 6700-1301-6-1010
/Grünerschließung Kriebelpfad, Ausgleichsmaßnahme (Festwert). Der
Rat nimmt die Kostenerhöhung i. H. v. 132.000 € zustimmend zur Kennt-
nis.
3323/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

**8.1 Kalkberg, Staubverwehungen und Sachstand
Beantwortung der mündlichen Anfrage der RM Brust und Kockerbeck
aus der Sitzung des Bauausschusses am 17.09.2018
3170/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**8.2 Beantwortung der Frage aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt
und Grün vom 18.09.2018 betr. Stadtradeln
3302/2018**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

8.3 Beantwortung von Rückfragen zum Wasserversorgungskonzept der Stadt Köln (1274/2018) aus der Sitzung vom 21.06.2018, TOP 4.2 2632/2018

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Anfrage von Herrn Dr. Albach betreffend Vermutete Fledermäuse im Hinterhof Tiefentalstraße

SB Herr Dr. Albach spricht ein Thema an, das die Hinterhofbebauung in der Tiefentalstraße im Blockinnenbereich zwischen Berliner Straße und Hacketäuer Straße (s. *markierte Fläche auf dem beigefügten Foto, zwischen Haus-Nr. 11 und 15*) betreffe. Bei Besichtigung des Ortes hatte er den Eindruck, dass die Artenschützer hinsichtlich Fledermäusen dort einen Besuch abstatten sollten.

9.2 Anfrage von Herrn Dr. Albach betreffend Stickoxide am Clevischen Ring

SB Herr Dr. Albach fragt, inwieweit die Verwaltung beurteile, dass sich in 4 m Entfernung vom Ansaugstutzen der Messeinrichtung am Clevischen Ring die Abluftanlage eines Pizzaofens befinde.

Herr Dr. Rau antwortet, dass es hinsichtlich der Belastungen einen circadianen Rhythmus⁶ und einen Wochentagsrhythmus gebe. Danach sei die Stickoxydbelastung Samstag und Sonntag deutlich niedriger, als an Werktagen. Er vermute, dass die Menge der gebackenen Pizza eher gegenläufig und ein Zusammenhang zwischen der Stickoxidbelastung am Clevischen Ring und der Abluft aus dem Pizzaofen klein sei.

9.3 Anfrage von Herrn Struwe betreffend Umweltbelastung durch Schiffe

RM Herr Struwe berichtet von einem Gespräch mit einem Zeitungsreporter über dessen Artikel, in dem verbreitet werde, dass ein großer Anteil der Stickoxidbelastung, in diesem Fall 40 %, durch Schiffsverkehr erzeugt werde. Damit werde ein Bild erzeugt, dass im Autoverkehr keine Maßnahmen getroffen werden müssten. Herr Struwe erinnert an die Präsentation des AVISO-Gutachtens, in dem es heiße, dass dies hinsichtlich der Gesamtbelastung stimme, jedoch nicht, was die punktuelle Belastung betreffe. Herr Struwe bittet um schriftliche Klarstellung durch die Fachverwaltung.

SB Herr Becker ergänzt, dass diese These der 40-prozentigen Belastung durch Schiffe auch in den Präsentationen von Frau Blome vertreten werde.

⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Circadiane_Rhythmik

Herr Peschen sagt eine schriftliche Aufbereitung des Themas durch die Gutachter des LANUV, von AVISO und der Umweltverwaltung zu.

SB Herr Dr. Albach bittet, auch die Antwort der Bezirksregierung an die FDP mit einzubeziehen. Dort sei von einer 20-prozentigen Belastung für die Stadt die Rede. Zudem dürfe keine durchschnittliche Belastung berechnet werden, da die Luftbelastung durch die Schiffe an der Luxemburger Straße eine andere sei, als in Mülheim.

**9.4 Anfrage von Herrn Walter
 betreffend
 Erweiterung des Domizils der Prinzengarde**

RM Herr Walter fragt, ob auch die Prinzengarde, ähnlich wie die Blauen Funken, Wünsche zur Erweiterung ihres Domizils habe.

Herr Peschen sagt eine Beantwortung zu.

**9.5 Anfrage von Herrn Feles
 betreffend
 Geruchsbelästigung im Kölner Süden**

SE Herr Feles berichtet von Vorfällen in der letzten Zeit, die auf dem Gelände bzw. im Umkreis von Lyondell / Basell und auch von Shell stattgefunden und zu starken Geruchsbelästigungen geführt haben. Er fragt nach den Zuständigkeiten.

Herr Peschen sagt zu, sich mit der Feuerwehr zu verständigen, um eindeutige Ansprechpartner zu benennen, falls ein Anruf erforderlich sein sollte.

gez. Rafael Christof Struwe
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)